

Bezugspreis:

Stichtesst. 7,50 M., monatl. 2,50 M. ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Montag, den 19. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Anzeigenpreis:

Die am häufigsten benutzte Anzeigenart ...

Amerika gegen Verschärfung der Blockade?

Bern, 19. Mai. (Z. N.) Pariser Meldungen zufolge hat sich der Oberste Kriegsrat am Sonntagabend mit den Maßnahmen beschäftigt, die von Seiten der Alliierten für den Fall zu treffen sind, daß Deutschland die Unterzeichnung des Friedensvertrages verweigert.

Wie es heißt, beabsichtigt der Vicerat, den Rotenwechsel mit der deutschen Regierung abzubrechen und ein Ultimatum auf Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen zu stellen.

Wie die B. P. A. an zuständiger Stelle erfahren, hatte die amerikanische Regierung am 27. April gebeten, einem amerikanischen Spezialkommissar nebst Begleitung zum Zwecke der Auskunftsbeschaffung über amerikanisches Eigentum die Einreise nach Deutschland zu gestatten.

Die Friedensverhandlungen.

Die deutsche Antwort noch nicht fertig. — Weitere Notizen.

Gegenüber anderslautenden Angaben in der Entente-Pressen wird von zuständiger Stelle erneut auf das Bestimmteste versichert, daß die feindlichen Vorschläge, so wie sie jetzt vorliegen, von deutscher Seite unter allen Umständen abgelehnt werden.

Weiter wird gegenüber anderslautenden Meldungen von amtlicher Stelle erklärt, daß die Antwort auf die feindlichen Bedingungen noch nicht fertiggestellt ist; sie wird gegenwärtig noch im Reichskabinett beraten und wird vielleicht im letzten Augenblick fertiggestellt werden.

Nach amtlicher Information aus Versailles werden in diesen Tagen noch folgende weitere Notizen abgehen: 1. über die territorialen Forderungen, 2. über Elzsaß-Lothringen und die besetzten Gebiete, 3. über Rechtsgrund, Umfang und Durchführung der Wiederherstellungsarbeiten, 4. über die Vorbehalte betr. die noch ausstehenden Fragen der Behandlung deutschen Privateigentums im Ausland.

Auch über die arbeiterrechtlichen Fragen befindet sich noch eine besondere Note in Vorbereitung.

Wie wir weiter hören, sind zu den Beratungen der deutschen Friedensdelegation über die Schuldfrage noch die Herren Prof. Hans Delbrück, Graf Montgelas und Prof. Max Weber nach Versailles berufen worden.

Die neue Saargebiets-Note.

Am 17. d. Mts. ist dem Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau eine weitere, das Saargebiet betreffende Note der deutschen Friedensdelegation übergeben worden. Die Note enthält, wie die Pariser Presse bereits heute morgen mitteilt, Vorschläge deutscher Sachverständiger zur Deckung des französischen Kohlenbedarfs durch geeignetere Mittel, als die in dem Friedensentwurf vorgesehene. Eine Veröffentlichung des Wortlauts der Vorschläge ist für den Fall in Aussicht genommen, daß hierauf auch von gegnerischer Seite Wert gelegt wird.

Teilnahme Italiens an der Aktion gegen Deutschland.

Lugano, 19. Mai. Nach Mailänder Meldungen hat die italienische Regierung der italienischen Herrscherleitung Auftrag erteilt, Maßnahmen zur Unterstützung der Entente für den eventuellen Einmarsch in Deutschland vorzubereiten. General Diaz wird sich am Montag vom Pariser Kriegsrat nach dem italienischen Hauptquartier begeben.

Krieg zwischen Rußland und Rumänien?

Amsterdam, 19. Mai. Nach einer Reutersmeldung hat die russische Sowjetregierung ein Ultimatum an Rumänien gerichtet, nach dessen Ablauf sich beide Staaten im Kriegszustand befinden.

Nervosität in Paris.

Mutmaßungen über den weiteren Verlauf der Verhandlungen.

Versailles, 19. Mai. Die Pariser Morgenblätter teilen mit, daß Graf Brockdorff-Rausau im Sonderzuge gegen Mittag aus Spa nach Versailles zurückkehren wird. Es wird nicht bekanntgegeben, auf welchem Bahnhof die Ankunft erfolgt, da man jedes Aufsehen und jeden Zwischenfall vermeiden will. Trotz dieser offiziellen Meldung ergreifen sich zahlreiche Blätter in Mutmaßungen darüber, ob Graf Brockdorff zurückkehren würde oder nicht, ob er vielleicht gar bis Berlin reisen werde, und wer an seiner Stelle die Nachfolge als erster deutscher Delegierter übernehmen könnte. Wie außerordentlich phantastischer die Besprechungen und Berichte der Pariser Sensationspresse sind, geht aus einem Artikel des „Matin“ hervor, dessen ganze Ausführungen sich auf ein angebliches, gestern in der ersten Wiltshofstraße in Versailles zirkulierendes Gerücht aufbauen. Es sei bei der deutschen Delegation um die Mittagsstunde ein Chiffretelegramm aus Spa eingetroffen, demzufolge die Unterredung Brockdorff-Rausaus in Spa äußerst kurzweilig verliefen. Brockdorff sei mit den aus Deutschland gekommenen Abgesandten völlig uneinig, und es sei beschlossen worden, daß er nicht nach Versailles zurückkehre. Von einem derartigen oder ähnlichen Telegramm ist in den Kreisen der hiesigen Delegation nicht das Geringste bekannt. Wieder andere Blätter suchen aus Äußerungen deutscher Führer und deutscher Zeitungen einen Rückschluß darauf zu ziehen, ob Deutschland unterzeichnet oder nicht. Die Reden der Berliner Staatsmänner über diese Frage seien zweideutig und vermieden jegliche Präzision. Der „Homme Libre“ weist dann auf den Umstand hin, daß die Lage sich heute noch anders darstellt: erst wenn Brockdorff-Rausau den Alliierten die Gegenvorschläge der deutschen Regierung unterbreitet haben werde und dann die Alliierten sie geprüft und selbst einen definitiven Beschluß gefaßt haben werden, werde man fragen, was der Feind tun werde. Auf diese Frage antwortet dann der „Homme Libre“, der Feind würde das tun, was die Alliierten ihn bringen würden. Wenn Deutschland das geringste Zögern oder die geringste Unstimmigkeit bei den Alliierten bemerke, dann werde es sofort zu einer Offensivaktion gegen den ihm angebotenen Friedensvertrag benützen, denn der Feind wolle vor allem verhandeln und diskutieren und sich den Anschein geben, als verhandle er in Versailles nicht als Besiegter oder Angeklagter, sondern als Gleichberechtigter, beinahe als Wiedergutmacher des Unrechts. Aber wenn der Feind sehe, daß er einem festgeschlossenen Block gegenüberstehe, so würde er sich dann nicht etwa den alliierten Friedensbedingungen, sondern dem Wunsch des deutschen Volkes nach einem sofortigen Frieden fügen. „Homme Libre“ schließt seine Ausführungen zur Besonnenheit und Einigkeit folgendermaßen: Jetzt, in den letzten Tagen, die uns von den letzten entscheidenden Besprechungen trennen, ist es die Pflicht der Bevollmächtigten der alliierten Demokratien, einmütig als je zu sein und unerschütterlich ihren Gegnern standzuhalten.

Die rein sozialistische Regierung.

Ein beliebtes Lockmittel der unabhängigen Propaganda ist die Forderung nach der „rein sozialistischen Regierung“. Es ist ganz selbstverständlich, daß diese Forderung jedem sozialistischen Arbeiter höchst sympathisch sein muß. Eine rein sozialistische Regierung oder, was noch viel mehr ist, eine Regierung, die nach rein sozialistischen Grundsätzen zu regieren bereit und imstande ist, das ist unser aller gemeinsames Ziel. Fragt sich nur, wie man zu ihm kommt.

Für die Bildung einer rein sozialistischen, nach sozialistischen Grundsätzen regierenden Regierung fehlen heute so ziemlich alle Voraussetzungen. Denn dazu gehört eine von der Richtigkeit der sozialistischen Grundsätze durchdrungene Volksmehrheit, und die ist heute noch nicht vorhanden, dazu gehört weiter Klarheit und Einmütigkeit über die Grundlinien der sozialistischen Politik, Einigkeit der Arbeiterbewegung, und von ihr sind wir noch sehr weit entfernt, dazu gehört schließlich das Vorhandensein der äußeren Voraussetzungen, unter denen das Regieren nach sozialistischen Grundsätzen möglich ist, und wann hätten die gründlicher gefehlt als im gegenwärtigen Augenblick? Ein Deutschland, das nur noch eine Kolonie des Ententekapitalismus ist, kann zwar sozialistisch überzogene Minister haben, aber keine sozialistische Politik treiben.

Trotzdem sind die Unabhängigen sehr regierungslustig. Ueber den Einwand, daß keine Volksmehrheit hinter ihnen stehe, setzen sie sich an dem Sprungstod der neuen Theorien sehr leicht hinweg. Es genügt ihnen, die „politisch aktivsten Elemente“ hinter sich zu haben. Für die fehlende Einigkeit der Arbeiterbewegung hoffen sie Ertrag zu finden, indem sie die sozialdemokratische Partei spalten und einen größeren oder kleineren Teil von ihr zu sich hinüberziehen. Die Durchführung der sozialistischen Grundsätze aber, die durch den Gewaltfrieden der Entente unmöglich gemacht wird, wird bis nach der „Weltrevolution“ vertagt. So gestaltet sich für die unabhängigen Regierungskandidaten die Sache höchst einfach, wenigstens in der Phantasie.

Es ist aber ein Irrtum anzunehmen, daß durch den Zugewinn einiger Rechtssozialisten ein tragfähiger Boden für eine unabhängige Regierung geschaffen werden kann. Die Verächter der bloßen Zahl müssen immer wieder darauf hingewiesen werden, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien bei den Januarwahlen zusammen noch gar nicht die Mehrheit hatten, und daß die Gruppe der Unabhängigen für sich allein noch nicht über den achtzehnten Teil aller abgegebenen Stimmen verfügte. Auch wenn es den Unabhängigen gelänge, einen verhältnismäßig großen Teil der Rechtssozialisten zu sich herüberzuziehen, so bliebe die Grundlage viel zu schmal.

Was soll das Programm der „rein sozialistischen Regierung“ in der auswärtigen Politik sein? Wir haben es schon gehört. Unterzeichnen! Sofort unterzeichnen! Alles unterzeichnen! Später wird ja die Weltrevolution kommen und alles wieder gutmachen, was mit dieser Politik der glatten Unterwürfigkeit gegen den Weltkapitalismus verdorben worden ist. Aber hier drängt sich sofort die Frage auf: Wenn man schon von der Weltrevolution alles Teil erwartet, wodurch kann diese wohlthätige Umwälzung wohl am ehesten beschleunigt werden? Durch die Unterzeichnung oder durch die Nichtunterzeichnung? Die glatte sofortige Unterzeichnung der schamlosen Friedensbedingungen der Entente bedeutet für ihre leitenden Staatsmänner einen ungeheuren Erfolg. Sie können sich dann rühmen, den Krieg durch einen glorreichen Frieden abgeschlossen zu haben und können jahrelang ihre Völker hinhalten mit der Vorläufkuna, die Folgen dieses Friedens würden sich ihnen mit der Zeit schon angenehm bemerkbar machen. Mit dem Gelaut der Friedensglöden wird die Weltrevolution eingeschlafdert werden.

Wie kann man den fremden Völkern zumuten, sie sollten sich für einen gerechten Frieden in den Kampf gegen ihre Gewaltthäter stürzen, wenn das deutsche Volk selbst, das durch den ungerechten Frieden betroffen wird, nicht die geringste Neigung zeigt, im Kampf um den gerechten Frieden Opfer zu bringen? Umgekehrt aber: muß nicht die Nichtunterzeichnung auf die anderen Völker eine aufrüttelnde Wirkung haben? Man glaube doch nicht, daß irgendein Volk der Welt armer ist, wegen des Unrechts, das einem anderen Volk geschieht, Revolution zu machen! Revolutionen entstehen erst, wenn sich die Völker durch die Politik ihrer Gewaltthäter in eine Lage versetzt finden, die ihnen selbst unerträglich ist. Eine solche Lage entsteht aber nicht durch die Unterzeichnung des Vertrags, sondern sie kann nur entstehen durch die Nichtunterzeichnung.

Flucht des Oberleutnants Vogel.

Oberleutnant Vogel, der im Nordbrösch Viehwecht-Luzemburg zu 2 Jahren 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, ist von Kameraden in Aulshen erregender Weise aus dem Gefängnis befreit worden. Wir erwarten einschneidende Maßnahmen, durch die der Zuchtlosigkeit gewisser Offiziere endlich ein Ziel gesetzt wird.

Das Garde-Kavallerie-Schützenkorps teilt mit: Am Sonntag, den 17. Mai 1919, nachmittags 3 Uhr 45 ist ein Infanterieoffizier in Mütze und Umhang in einem dunkelblauen geschlossenen Privatkraftwagen vor dem Jellengefängnis in Moabit, Leichter Straße, vorgefahren. Der Offizier hat auf Grund eines gefälschten Ausweises den im Jellengefängnis wegen Ermordung der Frau Rosa Luxemburg in Untersuchungshaft befindlichen Oberleutnant Kurt Vogel abgeholt und ist mit ihm 4 Uhr 15 in dem erwähnten Kraftwagen vom Jellengefängnis abgefahren. Für die Ermittlung des flüchtigen Oberleutnants Vogel und des begleitenden Infanterieoffiziers oder für sachdienliche Angaben zu deren Ermittlung wird eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Der Führer des Kraftwagens wird aufgefordert, sich zu melden. Beschreibung des Oberleutnants Vogel: Größe 1,73 Meter, Haupthaar dunkel, englisch geschnittener dunkler Schnurrbart, graue Augen, hohes Gesicht mit etwas vorsehenden Backenknochen, trägt sonst Einglas, besitzt wahrscheinlich falschen Paß. Eine etwa nötig werdende Verteilung der Belohnung behält sich das unterzeichnete Gericht unter Ausschluß des Rechtsweges vor.

die die fremden Staatsmänner zu dem Versuch zwingt, ihre Friedensbedingungen gewaltsam durchzusetzen. Bleibt dann der erhoffte Frieden, die dringend ersehnte Demobilisierung aus, dann kann es in Frankreich und England zu Bewegungen kommen, die den leitenden Staatsmännern sehr unangenehm werden können, womit nicht gesagt ist, daß es zu ihnen kommen muß. Jedenfalls bleibt es der allergrößte Widerspruch, sich auf der einen Seite auf die Weltrevolution zu verlassen, auf der anderen Seite aber das einzige Mittel, das — vielleicht — die Weltrevolution in Gang setzen kann, die Nichtunterzeichnung des Friedensvertrags zu verwerfen. Das ist weiter nichts als ein schwächliches Ausweichen vor der Entscheidung, ein vages Sichvertrauen mit unbestimmten Hoffnungen, eine Politik des hohlen Selbstbetrugs, nicht der revolutionären Aktivität.

Wenn uns aber die Fesseln dieses Friedensvertrags angelegt sind, was dann? Dann ist, wie schon gesagt, eine neue Weltrevolution von Spanien bis nach Kamtschatka notwendig, damit die „rein sozialistische Regierung“ in Deutschland auch wirklich eine sozialistische Politik treiben kann. Bis dahin bleibt sie der Schwimmeister des Entente-Kapitalismus, der aus dem deutschen Arbeitervolk, koste es was es wolle, das vorgeschriebene Arbeitspensum herauszuholen hat. Man wird zugeben, daß sich für eine „rein sozialistische Regierung“ eine angenehmere Aufgabe denken läßt. Und nun denke man sich die Lage dieser Regierung weiter aus: sie hat den Friedensvertrag gegen den Willen des Volkes unterzeichnet, und sie sucht nun seine Bedingungen auszuführen, ohne daß sie eine geschlossene Mehrheit des Volkes hinter sich hätte! Wie will sie sich der gewaltsamen Stöße von rechts und links erwehren, die nicht lange auf sich warten lassen werden? Sie stände nur vor der Wahl, sich vom reaktionären Nationalismus oder von putschistischem Spartakismus davonjagen zu lassen.

Wenn wir immer wieder erklären, daß keine Regierung möglich ist, die sich nicht auf eine Volksmehrheit stützt, so geschieht das nicht nur aus demokratischem Rechtsgefühl, sondern auch aus der praktischen Erwägung heraus, daß solide Machtgrundlagen nur auf starke Mehrheiten beruhen können. Aus ihnen kann die Regierung die Kräfte herausholen, die sie zur Stütze braucht. Die völkische Theorie der „aktivistischen Elemente“ läuft darauf hinaus, daß kleine Gruppen herrschaftsberechtigt sind, wenn sie am lautesten Radan machen oder das Recht anderer um skrupellosen unterdrücken. In der Praxis aber zeigt sich immer wieder, daß diese „aktivsten Elemente“ etwas ganz Unberechenbares und undefinierbares sind, auf das sich keine Regierung der Welt stützen kann. Überall wo die Unabhängigen den Versuch machten, unter Heranziehung mehrheitssozialistischer Verstärkungen regierungsfähig zu werden, endete das Experiment mit dem spartakistischen Kladderadatsch.

Auf den Wegen, die die Unabhängigen vorschlugen, läßt sich eine rein sozialistische Regierung, die haltbar ist und die dem Sozialismus Ehre macht, nicht herstellen. Eine solche Regierung wird vielmehr erst möglich, wenn in der äußeren wie in der inneren Politik die Voraussetzungen für sie geschaffen sind. Deutschland muß dem Entente-Kapitalismus gegenüber sein Recht auf Selbstbestimmung behaupten, in Deutschland muß eine starke von der Mehrheit der sozialistischen Grundkräfte durchgeführte Volksmehrheit vorhanden sein, vor allem aber der Sozialismus selbst muß aus dem gegenwärtigen Zustand über die Unklarheit und Zerrissenheit herauskommen und in Einigkeit den Massen klare Wege weisen — dann erst wird die „rein sozialistische Regierung“ mehr sein können als ein aussichtsloses Experiment.

## Die deutsche Presse im französischen Licht.

Verfaßt, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der „Populaire“ brachte gestern leider an wenig auffallender Stelle eine nicht unterzeichnete Abhandlung über die deutsche Presse und den Dreißigjährigen Krieg. In der einseitig die in Frankreich allgemein akkreditierte Legende, die deutsche Presse sei während des Krieges mehr geknechtet worden als die französische, gründlich zerstört wird. Der Verfasser stellt fest, daß nicht nur

## An die verehrliche Oberpostdirektion.

Neulich habe ich im „Vorwärts“ eine kleine Geschichte erzählt, wie einer auf der Post an den Schalter geklopft hat.

Heute klopfte es an meiner Tür, und es erschien ein kleiner Herr mit sehr ernstem und traurigem Gesicht. Er sagte, er käme vom Postamt und möchte eine Auskunft von mir haben — nämlich, ob ich derjenige sei, welcher den Artikel über die Post in den „Vorwärts“ hineingeschrieben hätte und ob ich damit vielleicht das Postamt 80 gemeint hätte.

Ich sagte, ich sei allerdings derjenige, welcher — aber ich hätte das Postamt 80 nicht damit gemeint. (Zu diesem gehöre ich nämlich.)

Dann bot ich dem kleinen Herrn eine Zigarette und einen Stuhl an. Die Zigarette nahm er, aber setzen wollte er sich nicht. Er blieb mit traurigem Gesicht stehen.

Da habe ich ihn getröstet und ihm gesagt, ich hätte die Postämter A. und B. gemeint, dort wären die Geschichten passiert.

Das ist auch wahr.

Ich habe die Geschichte von zwei Stellen in einem Artikel erwartet, weil ich ja nicht das Postamt A. oder B. treffen wollte, sondern das ganze System, die alte, inartende Maschinerie, die muffige Handhabung, den Ton!

Es hat doch keinen Zweck, meine Herren Oberpoststräte, daß Sie eine solche Nachfrage halten lassen. Wollen Sie nun durch eine Untersuchung nebst sofortigem Bericht schriftlich zurück stellen, welcher Postbester irgendwo und irgendwann einen kleinen Hund nicht hat leiden wollen?

Doran kann sich ja kein Mensch mehr erinnern, auch der Postbester selbst schwört heute mit bestem Gewissen jeden Meineid.

Das ist ja ganz egal.

Wie Sie es anfangen, ist es schon wieder falsch — die alte Methode, mit der nichts besser gemacht werden kann. Wenn Sie doch, meine Herren Oberpoststräte, einmal in irgendein Postamt, in Berlin B. oder A. oder C. — wo Sie wollen (Sie haben ein sehr hübsches Beispiel im eigenen Hause!) so zwischen 4 und 6 Uhr. Geben Sie dort einen Einschreibebrief auf, und Sie werden schon selber spüren, was ich meine.

Warum sind von zehn Schaltern immer acht geschlossen?

Weil kein Personal da ist!

Warum ist kein Personal da? —

Wie stellen Sie eigentlich fest, ob ein Amt überlastet ist oder nicht?

Muß das nicht der Stellen-Vorsteher am besten wissen?

Ober kommt immer noch der Ober-Aufsichtsbeamte, der sich die Sade 5 bis 10 Minuten lang beguckt!

Muß immer noch jeder neue Beamte vom Oberrechnungs-Hof bewilligt werden? —

Im Himmelswillen — in der Stadt Berlin geben ein paar hunderttausend Menschen arbeitslos herum; sind darunter nicht

die Presse der Unabhängigen, sondern auch die der liberalen Wähler sich bemüht, den Gegner objektiv zu beurteilen und die Regierungsgewalt einer scharfen Kontrolle des Publikums zu unterziehen. Dabei schreibt er u. a.: „Ist es noch nötig, die zahlreichen Interzessionen zu erwähnen, die Hindenburg gewährte und in denen er den Geldmuth der französischen Soldaten und der würdigen Haltung der Zivilbevölkerung in den besetzten Gebieten großes Lob spendete? Ich bezweifle, daß im Laufe des Krieges irgend-einer unserer eigenen Bundesgenossen von unserem militärischen Ruf mit ebenso warmen Worten gesprochen habe wie unsere Gegner. Gehen wir jetzt zum „Vorwärts“ über, diesem „Homme libre“ des deutschen Sozialismus. Dieser hat keineswegs eine so sorgsame Haltung eingenommen, wie man es zu behaupten beliebt. Er hat sogar die lange Dauer der Verhandlungen von Dreißig-Tagezeit benutz, um nicht ohne Schärfe den Grundsatz des Versöhnungsfriedens und des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu verteidigen.“

## Der Verrat deutscher Schleswiger.

Die dänische Regierung hat seit jeher betont, daß sie an einer Abstimmung derjenigen Gebietsteile Schleswigs, in denen bereits deutsche Elemente überwiegen, also insbesondere in der dritten Zone der Friedensbedingungen nicht interessiert sei. Wie diese Vertragsbedingung entstanden ist, das erklärt sich nunmehr nach einer Rede des dänischen Ministers des Aeußeren Scavenius. Dieser führte in einer Landesversammlung der radikalen Linkspartei in Aalborg u. a. aus:

Andere Forderungen, die nicht von der dänischen Regierung unterstützt wurden, sind von deutschen Schleswigern in Paris vorgebracht worden, um Zugang zu Dänemark zu bekommen, und die Friedenskonferenz ist durch den Beschluß über die dritte Abstimmungszone in den Friedenspräliminarien vorläufig diesen deutschen Elementen entgegengelaufen, insofern sie ihnen Gelegenheit zu Stimmen gibt. Diese Abstimmung ist den deutschen Schleswigern zugestanden worden gegen die Wünsche der dänischen Regierung, des dänischen Reichstags und der dänischen Schleswiger, und wenn das dänische Volk in seiner Auffassung beharrt, dürfen sich daraus keine Konsequenzen für Dänemark ergeben.

Deutlicher kann es nicht gesagt werden! Also waren es Deutsche, welche für die Gebietsabtrennung stimmten und sich dabei nicht entblödet haben, gegen den Willen der dänischen Regierung an die Versailles-Machtgeber zu appellieren. Man sollte den Anstiftern dieser Umtriebe mit allen Mitteln rücksichtsloser Gewalt klarmachen, daß sie in Deutschland ebensowenig mehr zu suchen haben wie in dem Dänemark, das sie nicht haben will.

## Eine englische Handelskammer in Köln.

Noch ist der Friede, der uns der Gewalt des Entente-Kapitalismus ohne jede Rücksicht auf unsere vitalsten wirtschaftlichen Interessen ausliefern soll, nicht unterzeichnet, dennoch machen sich schon die Bestrebungen bemerkbar, die diese wirtschaftliche Ausbeutung schon jetzt in Szene zu setzen beabsichtigen. Wie die „Cologne Post“ meldet, soll von englischen Kaufleuten die Gründung einer englischen Handelskammer in Köln beschlossen sein. Zunächst soll in Köln ein Auskunfts-Bureau errichtet werden. In der Gründungsversammlung waren 80 englische Firmen vertreten. Offensichtlich handelt es sich bei dieser Gründung darum, die wirtschaftlichen Möglichkeiten, welche der Friedensvertrag den Entente-Kapitalisten bietet, auszunutzen und insbesondere die besetzten Gebiete dem Auslandshandel dienstbar zu machen, für die ja die Festsetzung besonderer Zollbestimmungen bereits im Vertragsentwurf vorgeesehen ist.

## Die Regierungstruppen in Eisenach.

Eisenach, 19. Mai. Nach dem heute nacht erfolgten Einrücken der Regierungstruppen des Korps Macer wurde heute früh der Belagerungszustand über Eisenach verhängt. Es herrscht Ruhe.

tausend brave Leute, die als Hilfspersonal eingestellt werden können, um Einschreibebriefe oder Telegramme anzunehmen? Haben Sie überhaupt schon einmal an systematische Arbeitssteigerung gedacht, geehrte Oberdirektion?

Heute sitzt ein Beamter da und muß Postanweisungen, Telegramme und Einschreibebriefe annehmen — alles durcheinander. Das heißt, daß er fortwährend in drei verschiedene Wäcker eintragen muß. Ab und zu wird ihm dann auch noch ein Buch weggeholt. Haben Sie eine Ahnung, was das für Zeit und Nerven frisst?

Das Publikum muß nun schon alles vorbereiten — die Quittungsbücher ausfüllen, die Marken richtig aufkleben — und trotzdem wird der Zustand immer schlimmer.

Wenn es besser werden soll, dann muß „frische Luft“ in die Diensträume der republikanischen Postbehörde. Das Ganze muß über das „Militär-Angehörigen-Bureau“ gehoben werden.

Und wenn Sie ernstlich wollen, meine Herren Oberpoststräte ganz „oben“, so geht es auch.

Denn so, wie es ist, geht es nicht mehr lange weiter. Sie kennen doch den alten Witz aus dem „Simplicissimus“, die Szene am Postschalter:

„Werden wir nun endlich bedient?“ —

„Hier werden Sie überhaupt nicht bedient — hier werden Sie abgefertigt!“

Dieser Witz wird heute noch, täglich immer wieder tausendmal traurige Wahrheit.

Wir wollen aber nicht länger „abgefertigt“ werden!

Martin Prossauer.

## Münchener Kunst.

Das Münchener Schauspielhaus, nunmehr unter Leitung von Frau Hermine Körner, hat seine Pforten wieder geöffnet und zeigt sich von Künstlerhand aufstrichelt in einem bunten-bagdadischen Stil. Den Eröffnungabend, Kommands „Gefesselte Rhantafie“, mußte ich im Drange der Terrororgie versäumen.

Als zweites Drama brachte das Haus die Uraufführung von Tolstois „Und das Licht scheint in der Finsternis“. Das Selbstporträt des urevangelischen Kommunisten und seiner Lehre machte starken Eindruck unmittelbar nach der eben stattgehabten Kostprobe kommunistischer Praxis. Der Mangel an historischem Sinn, an Einsicht in die Gedundenheit und Bedingtheit alles Irdischen, so begreiflich auf russischem Boden, auf dem Boden eines geschichtslosen Volkes, lat in den Jahren nach Tolstois weit nach Westen übergegriffen. Der Konflikt, der dem hochgebildeten Tolstois sein Leben lang zu schaffen machte, wie hätte er von armen unwissenden Proletariern gelöst werden können? Man sollte zu dieser Tolstois-Vorstellung Preisbillets an die Spartakisten verteilen und hinterdrein Schillers „Das Ideal und das Leben“ mit ihnen durchsprechen. Der Sentimentalismus aus dem lebensphilosophischen Drang des Ostens und aus der kulturellen Besonnenheit des Westens gehört die Zukunft.

## Protestkundgebungen in Oberschlesien.

Rattowitz, 19. Mai. (Eigener Bericht des „Vorwärts“.) Gestern fanden in vier verschiedenen ober-schlesischen Städten weitere Demonstrationen statt, die einen ungeheuren Umfang annahmen. So hatten sich beispielsweise in Rattowitz 100 000 Menschen aus Stadt und Land versammelt, die gegen die Friedensbedingungen und Loslösung Oberschlesiens protestierten. Die Demonstrationen wählten amerikanische Journalisten bei.

Abend, 18. Mai. Trotz ungünstiger Witterung fand hier eine von rund 15 000 Menschen besuchte Protestversammlung statt, die einstimmig die Regierung ersuchte, die Bedingungen als unannehmbar zu bezeichnen.

## Ausbreitungen in Braunschweig.

Braunschweig, 19. Mai. Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Spartakusbund hatten heute eine Volksversammlung unter freiem Himmel veranstaltet, um gegen das von General Haerker im Auftrage der Reichsregierung über Braunschweig verhängte Belagerungszustand, gegen die Auflösung des Landarbeiterrats und die unzulänglichen Maßnahmen der Reichsregierung zur Versorgung des Volkes mit Lebensmitteln zu protestieren. „Volksfreund“-Redakteur Ceter bezeichnete die Auflösung des Landarbeiterrats als einen ungeheuerlichen Eingriff in die braunschweigische Verfassung und forderte die Versammelten auf, wenn die Zeit gekommen sei, ihr Recht zu erkämpfen, sei es auch unter Einschlag der eigenen Person. Während der Versammlung wurde bekannt, daß sich auf dem Plage der Regierungssoldaten in Zivil aufhielten, die, wie unter den Versammelten erzählt wurde, von einem Offizier entsandt sein sollten, um die Arbeiterschaft zu provozieren. Einige dieser Leute wurden erkannt und so schwer mißhandelt, daß sie mittels Sanitätsautos fortgeschafft werden mußten. Bei dreien von ihnen wurden geladene Revolver gefunden, die ihnen abgenommen und der Versammlung gezeigt wurden. Die Erregung wurde dadurch immer größer, und erst nach einiger Zeit trat wieder Ruhe ein. Später erschien ein mit Regierungssoldaten besetzter und mit Maschinen gewehrter armerter Krawattwagen auf dem Plage und durchfuhr dann die Straßen der Außenstadt. Aber die Menge hatte sich um diese Zeit bereits verlaufen.

## Die Sozialdemokratie in den Gemeindevahlen.

### Wahlkreis in Mannheim.

Mannheim, 19. Mai. (Eig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen erhielten die Mehrheitssozialisten 20 709, die Arbeiterpartei 1638, die deutschliberale Volkspartei 2102, die deutschnationale Volkspartei 3881, die Demokraten 10 411, Zentrum 8510 und die Unabhängigen 6270 Stimmen. Es erhaltem Mehrheitssozialisten 37, Arbeiterpartei 2, Deutschliberale 3, Deutschnationale 3, Demokraten 17, Zentrum 16 und die Unabhängigen 18 Mandate. Von den 96 Stadtverordnetenmandaten haben die beiden sozialdemokratischen Parteien 53 erobert.

Karlruhe, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei den gestrigen Stadtverordnetenwahlen erhielten die Demokraten 80, Sozialdemokraten 24, Zentrum 24, Unabhängige 10 und die Deutschnationalen 8 Mandate.

Berichtigung. In unserm heutigen Morgenbericht über die Protestkundgebung der Auslandsdeutschen muß es bei der Rede des Reichspräsidenten Ebert heißen: ... die Friedensvorschlüge der Entente ohne wesentliche Änderungen nicht annehmen.

400 000 Kilogramm Ledertran werden jetzt aus Norwegen eingeführt. Der Reichsausschuß beabsichtigt, die Verteilung der 400 000 Kilogramm Tran sofort nach Ankunft durch Vermittlung der Apotheken und Drogenhandlungen für und an die unterernährten Kinder, sowie Kranke und schwache Frauen und Männer zum Selbstkostenpreis als Sonderverteilung vorzunehmen. Der Verkaufspreis ist auf 8,50 M. das Pfund festgesetzt.

Die Aufführung fand unter strenger künstlerischer Zucht und bot gut abgestimmte szenische Bilder. Der Sargmann des Herrn Wilhelm Dieterle, gottlos ohne die traditionelle Tolstois-maske, war durchdacht und vornehm, ein Charakter der Menschenliebe.

## Der Flug über den Ozean.

Schneller als es jemand gedacht, ist der Flug über den Ozean gelungen. Drei amerikanische Militärflugzeuge haben die Fahrt am Sonntag gewagt, und eins von ihnen, das während des Fluges „N. C. 4“ — ein Curtiss-Flugboot mit drei Motoren von 400 P. S. — erreichte am Sonntag kurz nach 1 Uhr Overta auf den Azoren. Der Flug wurde in 15 Stunden 18 Minuten vollführt, er ergibt eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 180 Kilometer in der Stunde. Ein zweites Flugzeug — „N. C. 1“ — ging 200 Meilen nördlich von Kapaz nieder; ein Dampfer rettete die Mannschafft.

Dr. Wolff hat hier kürzlich die Aussichten des Ozeanfluges erörtert und dem Luftschiff die größeren Chancen zugesprochen. Tatsächlich hat das Flugzeug den ersten Triumph errungen — allerdings über die kürzere Strecke. Die Azoren sind immer noch 1800 Kilometer von der europäischen Küste entfernt. Es ist also immer erst ein Teilerfolg erzielt, aber ein sehr vielversprechendes. Die starken Luftschiffe, die zweifelloso einen weiteren Aktionsradius aufweisen als die Flugzeuge, sind noch nicht ernsthaft in Konkurrenz getreten. Zwei von ihnen wurden vorzeitig losgerissen und in die See getrieben.

Die Entwicklung der Luftbewegung hat sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit vollzogen: am 25. Juli 1910 kreuzte Blériot als erster den Kanal. Keine neun Jahre später ist bereits die größere Teilstrecke des Flugs über den Atlantischen Ozean überflogen worden. Welch ein Triumph menschlicher Arbeit und Kühnheit! Die Entfernungen zwischen den Kontinenten schwinden vor unseren Augen, unser Genie überwindet sie. Raum und Zeit sind in die Herrscherhand des Menschen gegeben. Aber gleichzeitig reißt ein toll gewordener Imperialismus neue Abgründe zwischen den Völkern, entfernt sie weiter denn je voneinander. Aber gemach. Der technische Fortschritt wird im Grunde mit dem Völkervillen die Klavismen der Barbarei überwinden.

Bioniere des Ozeanfluges waren Bellmann und Barimann, die beide verunglückten.

Einer Neutermeldung aus St. Johns zufolge ist das englische Sopwith-Flugzeug zum Ozeanflug gestartet.

## Notizen.

— Ausstellung. Die Kunstausstellung Fritz Gurlitt, Postdammerstraße 118, eröffnet am Mittwoch eine umfassende Ausstellung der Werke von César Klein. — Im Kabinett Neumann werden jetzt auch die Bilder und Skizzen von Paula Becker-Robertsohn gezeigt.



